

# Ende einer Lebenslüge

Der Düsseldorfer Landtag verabschiedet eine Gladbeck-Resolution / Von Reiner Burger

DÜSSELDORF, 19. September. Als Landtagspräsident André Kuper am Mittwoch die erste Sitzung des nordrhein-westfälischen Parlaments nach der Sommerpause eröffnet, verstummt das Stimmengewirr noch zügiger als sonst. Mit ernststen Mienen streben die letzten Abgeordneten zu ihren Plätzen. Gemeinsam haben die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen eine Resolution formuliert, in der sie sich 30 Jahre nach dem Gladbecker Geiseldrama erstmals zur Mitverantwortung des Landes für die damaligen Einsatzfehler bekennen. Es ist ein später, historischer Wendepunkt. Dreißig Jahre nach einem der spektakulärsten Verbrechen der deutschen Kriminalgeschichte räumen die Parlamentarier eine politische Lebenslüge ab.

Mitte August 1988 waren Hans-Jürgen Rösner und Dieter Degowski nach einem Banküberfall in Gladbeck mit wechselnden Geiseln kreuz und quer durch Nordrhein-Westfalen, Niedersachsen, Bremen und die Niederlande gefahren. Die Polizei ließ die beiden Verbrecher im Namen einer angeblichen Null-Risiko-Strategie gewähren; mehrere exzellente Zugriffsmöglichkeiten blieben ungenutzt. Die Geiselnahme endete am 18. August mit einem desaströsen Hochrisikoeinsatz auf der Autobahn 3 in der Nähe von Bad Honnef, der zu einer Schießerei ausartete. Die bittere Bilanz der 54 Stunden währenden Irrfahrt waren drei Tote. Einen Jungen erschoss Degowski in Bremen, ein Polizist kam bei der Verfolgung der Geiselnehmer bei einem Verkehrsunfall ums Leben,

eine junge Frau starb bei der missratenen Befreiungsaktion durch eine Kugel aus Rösners Waffe.

Während Bremen seinen Anteil am Desaster rasch, umfassend und im parteiübergreifenden Konsens aufarbeitete, Innenminister Bernd Meyer (SPD) die politische Verantwortung übernahm und zurücktrat, beharrte in Nordrhein-Westfalen die alleinregierende SPD aus machtpolitischen Erwägungen darauf, die eigenen Sicherheitsbehörden hätten sich im Fall Gladbeck nichts vorzuwerfen. Tatsächlich waren die nordrhein-westfälische Polizei und der damalige Innenminister Herbert Schnoor (SPD) jedoch für den weitestgehend größten Teil des völlig missratenen Einsatzes verantwortlich. Landtagspräsident Kuper nennt am Mittwoch keine Namen, wird in seiner kurzen Ansprache aber trotzdem deutlich. Er kritisiert die „politisch geprägte Aufarbeitung“ in Nordrhein-Westfalen, moniert, dass ein Eingeständnis eigener Schuld und eigener Fehler „den nordrhein-westfälischen Behörden und Entscheidungsträgern damals nicht über die Lippen“ gekommen sei. Umso dankbarer sei er, dass die Fraktionen von CDU, SPD, FDP und Grünen nun eine Initiative von Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) aufgegriffen hätten und mit der Resolution zu einer einvernehmlichen Einschätzung gekommen seien.

Laschet hatte die Angehörigen der drei Todesopfer und die weiteren von der Tat der brutalen Geiselnehmer Betroffenen am 16. August um Entschuldigung gebeten.

„Es ist oberste Pflicht des Staats, seine Bürger zu schützen. Das ist ihm in Gladbeck und in den Stunden danach unter dramatischen Umständen nicht gelungen“, hatte Laschet am 16. August gesagt. Mit der am Mittwoch einmütig – also auch mit den Stimmen der AfD und den fraktionslosen Abgeordneten – verabschiedeten Resolution bekennt sich nun auch der Landtag „vollumfänglich“ zur „staatlichen Verantwortung“ und fordert die Landesregierung auf, die Opferschutzstrukturen weiter auszubauen. Denn auch das ist eine bittere Lehre aus „Gladbeck“: Die politisch geprägte Aufarbeitung in Nordrhein-Westfalen trug dazu bei, „dass die Opfer der Geiselnahme, ihre Hinterbliebenen und die weiteren von der Tat Betroffenen staatlicherseits weitgehend unbeachtet und ihrem Schicksal überlassen blieben“, wie Landtagspräsident Kuper formuliert. „Das erscheint im Nachhinein unverstänlich, und es ist unverzeihlich.“

Bremen ist Nordrhein-Westfalen in der Causa allerdings noch immer voraus. Schon im Mai hatte dort die Bürgerschaft eine Resolution beschlossen, die über die nordrhein-westfälische hinausgeht. So soll es in Bremen nach dem Willen der Parlamentarier bald auch einen Erinnerungsort für die Opfer des Geiseldramas geben. Nordrhein-Westfalen plant Ähnliches bisher nicht. In der Düsseldorfer Resolution ist lediglich nebulös davon die Rede, dass die „damaligen Ereignisse der Öffentlichkeit in geeigneter Form zugänglich zu machen“ seien.